

Erinnern heißt Kämpfen - Nein zu Rosa Listen!

Von Marlin LeGuin, November 2025, Lesezeit 6 Minuten

Heute, am 20.11.2025 ist der Trans Day of Remembrance. An diesem Tag geht es darum, denen zu gedenken, die durch transfeindliche Gewalt ermordet wurden. Eingeführt 1999, nach der Ermordung der schwarzen trans Frauen Chanelle Pickett und Rita Hester, soll dieser Tag der Community einen Raum geben, kollektiv zu trauern und sich zu erinnern, aber auch die Kraft zu fassen, gegen das transfeindliche System und die transfeindlichen Ideologien zu kämpfen, durch die Menschen sich im Recht sehen, trans Personen in den Suizid zu treiben oder direkt selbst zu ermorden.

Rosa Listen

Heute wollen wir uns an einen ganz bestimmten Auswuchs struktureller Queerfeindlichkeit erinnern. Während dem Kaiserreich in Deutschland führte die Polizei mehr oder weniger heimlich sogenannte "Homosexuellenlisten". Dort schrieb man namentlich "Verdächtige Homosexuelle" auf, teils mit Fotografien der Männer, um die Strafverfolgung nach §175, welcher sexuelle Handlungen zwischen Männern kriminalisierte, zu erleichtern.

Dieser Paragraph wurde übrigens erst 1994 abgeschafft und bis heute bleiben die meisten Betroffenen ohne jegliche Wiedergutmachung oder Entschädigung.

Während des Nationalsozialismus freuten sich die Nazis natürlich sehr über diese Listen, da die Gestapo damit einfach die Umfeld der niedergeschriebenen Männer abklappern konnten, um Schwule zu überwachen, zu verfolgen, einzusperren oder zu ermorden. Damals kam auch der Name "Rosa Listen" auf, als Referenz zu den Rosa Dreiecken, die schwule Männer in Konzentrationslagern tragen mussten.

Nach 1945 bestand aber nicht nur §175 weiter, sondern die Listen wurden direkt von den Nazis übernommen und einfach weitergeführt. Als Begründung wurde immer wieder ein “Sicherheitsbedenken” wegen vermeintlicher Pädophilie von queeren Personen oder einfach eine technische Notwendigkeit für das sichere Handeln der Polizei genannt – Solche Ausreden kommen uns doch bekannt vor...

Obwohl es irgendwann nicht mehr weitläufig Neueintragungen gab, wurde der Großteil dieser Listen nie vernichtet. Bis heute ist zum Beispiel bei der bayerischen Polizei “Homosexueller” als Tätergruppe in den Datenlisten vorhanden. Und das, obwohl sie ja so schön jedes Jahr mit mindestens zwei Ständen beim CSD München vertreten sind.

Das Selbstbestimmungsgesetz

Wie man sieht, betreffen die Rosa Listen eigentlich immer Schwule (Cis-)Männer. Also warum sprechen wir am Trans Day Of Remembrance darüber?

Letztes Jahr wurde endlich das sehnlichst erwartete Selbstbestimmungsgesetz in Deutschland eingeführt. Es ermöglicht nicht-binären, trans- und intergeschlechtlichen Menschen, ihren Personenstand ohne hohen bürokratischen Aufwand durch einen einfachen Termin beim Standesamt zu ändern. Das ist ein massiver Fortschritt zu dem vorherigen “Transsexuellengesetz”, wo man mehrere psychologische und ärztliche Gutachten bei einem entwürdigenden Gerichtsverfahren vorlegen musste. Aber es ist kein Allheilmittel. So muss man für medizinische Behandlung und HRT immer noch langwierige Prozesse mit willkürlichen Gutachten durchlaufen. Auch schließt das SBG minderjährige trans Personen aus, welche immer noch dem Wohlwollen der Eltern unterliegen. Und Menschen ohne dauerhafte Aufenthaltsberechtigung dürfen ihren Namen oder Geschlecht auch nicht abändern. Denn die bürgerliche Regierung befürchtet, man könne den Personenstand ändern, um einer Abschiebung zu entgehen. Allgemein wird viel “Missbrauch” des SBGs befürchtet. Also gibt es natürlich noch mehr Ausgrenzungen in dem Gesetz: Personen, die bei Geburt als männlich eingetragen waren, sollen in dem neu wiedereingeführten Wehrdienst miteinbezogen werden. Personen, die ihren Personenstand zu

männlich geändert haben, sollen übrigens auch eingezogen werden. Das macht die gesamte Trans Community zu Kanonenfutter im Falle eines erneuten imperialistischen Kriegs. Trans Frauen dürfen auch willkürlich aus Frauenräumen ausgeschlossen werden. Die Angstmache von TERFs wurde nun also in einem Gesetz verankert und macht das Leben von trans Frauen aktiv unsicherer.

Aber wie wollen die Behörden, die Polizei und das Militär denn überhaupt wissen, wer das Gesetz wahrgenommen hat? Kommen wir auf die Rosa Listen zurück.

Rosa Listen 2.0

Im Rahmen des SBGs werden bei jeglichen Geschlechtsänderungen die Bundespolizei, das Bundeskriminalamt, das Bundesamt für Verfassungsschutz und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge informiert. "Zur Sicherheit", um im Kriminalfall Identitäten nahtlos verfolgen zu können. Und natürlich unter Offenbarungsverbot und nur auf individuellen Abruf. Aber das begründet oder beschwichtigt die Existenz der Listen nicht. Im Rahmen der steigenden globalen Transfeindlichkeit ist das zutiefst beängstigend. Nicht-binäre, trans- und intergeschlechtliche Menschen werden global systematisch entrechtet und kriminalisiert. Die USA spielt hierbei den Vorreiter. Inzwischen wird Jugendlichen geschlechtsanpassende Behandlung verwehrt und es darf nur das bei Geburt eingetragene Geschlecht auf dem Ausweis stehen. Dadurch wird jede einzelne Person, die nicht cis ist, vor allen Behörden zwangsgeoutet. Und natürlich rennt die deutsche Bundesregierung der Trump Regierung sofort wieder hinterher.

Denn es ist anscheinend nicht genug, dass diese Rosa Listen 2.0 durch ihre reine Existenz eine riesige Gefährdung für trans Personen darstellen, sobald sie in die falschen Hände fallen. Oder sobald die Regierung noch weiter nach Rechts rückt und nicht ins konservativ-reaktionäre Bild passende Geschlechtsidentität wieder strafrechtlich verfolgt wird. Innenminister Alexander Dobrindt möchte nämlich seit diesem Sommer neue Datenblätter in den persönlichen Datensatz im Melderegister einführen, in welchem alle

Infos über Geschlechtseinträge und darauf bezogene Änderungen stehen. Solche Daten im Melderegister sind einsehbar für Behörden, Versicherungen, Ämter und Banken. Als Grund werden wieder Sicherheitsbedenken und "technische Notwendigkeiten" genannt. Welche "technische Notwendigkeit" hat eine Rentenversicherung für ein Zwangsoouting?

Behördengänge waren für trans Personen schon immer eine diskriminierende und entmenslichende Erfahrung. Jetzt sollen komplett neue Möglichkeiten für Diskriminierung gefördert werden, ohne das Betroffene irgendeine Art von Kontrolle darüber haben. Das ist keine Selbstbestimmung. Zudem steigt transfeindliche Gewalt von Individuen. In Deutschland gab es letztes Jahr allein 1152 gemeldete Fälle. Falls Dobrindts Vorschlag durchkommt, kann jede transfeindliche gewaltbereite Einzelperson, die in einer Behörde, Versicherung oder Bank mit Zugriff auf das Melderegister arbeitet, systematisch trans Personen verfolgen.

Rolle des Geschlechts in der bürgerlichen Gesellschaft

Warum werden Geschlechtsänderungen sofort als Sicherheitsrisiko betitelt, anstatt die Sicherheit von trans Personen zu schützen? Im bürgerlichen System, und damit seinem Rechtsverständnis, ist eigentlich kein Platz für Transidentitäten, da diese durch ihre reine Existenz die bürgerlichen Geschlechterrollen und somit auch die geschlechtliche Arbeitsteilung infrage stellen – und das widerspricht dem Interesse des Kapitalismus.

In der bürgerlichen Kleinfamilie verrichtet die Cis-Frau unbezahlt und ungedankt die Reproduktionsarbeit, damit der Cis-Ehemann sich darauf fokussieren kann, den ganzen Tag seine Arbeitskraft an die Kapitalist:innen zu verkaufen. Ohne diese Arbeitsteilung funktioniert das kapitalistische System nicht. Und für die ideologische Rechtfertigung dieser Arbeitsteilung braucht es die "gottgegebenen" Rollenzuschreibungen von Cis-Ehefrau und Cis-Ehemann. Da haben trans Personen keinen Platz. Sie eignen sich sogar perfekt als Sündenbock für den "Verfall der Gesellschaft". Daher stammt das

ganze Misstrauen, die ganzen "Sicherheitsbedenken" und "Technischen Notwendigkeiten" für öffentliche Stellen.

Erinnern heißt Kämpfen - Nein zu Rosa Listen!

Wir als Marxist:innen dürfen das nicht hinnehmen. Wir müssen uns weigern, die Spaltung der Arbeiter:innenklasse durch Angstmake und Hetze gegen eine unserer vulnerabelsten Communities zuzulassen. Wir dürfen uns nicht auf bürgerliche scheinheilige Gesetze verlassen, sondern müssen für die wahre Befreiung aller nicht-binären, inter- und transgeschlechtlichen Personen kämpfen.

Setzen wir uns also gegen Dobrindts Zwangsoutings und gegen die Rosa Listen 2.0 unter dem SBG ein! Jegliche Erfassung, Weitergabe und Kategorisierung von Transgeschlechtlichkeit durch die bürgerliche Regierung soll sofort eingestellt werden und jegliche erfassten Daten sollen vernichtet werden, unter Kontrolle von Trans-Organisationen und Organen der Arbeiter:innenklasse!

Lass uns ein SBG fordern, das ALLE einschließt, unabhängig von Aufenthaltsstatus oder Alter! Dazu benötigt es auch eine kostenlose geschlechtsanpassende medizinische Versorgung ohne entwürdigende bürokratische Verfahren! Es braucht finanzielle Unabhängigkeit für alle Jugendlichen von ihren Familien durch ein Taschengeld von 1000 Euro monatlich auf Staat sein Nacken!

Um Transunterdrückung zu bekämpfen, müssen wir auch Frauenunterdrückung bekämpfen und für die Vergesellschaftung von Reproduktionsarbeit und Auflösung der bürgerlichen Kleinfamilie eintreten!

Also lasst uns unserer ermordeten Trans-Geschwister gedenken und weiter für die Befreiung der Geschlechter und den Sozialismus kämpfen!